

SonntagsZeitung, Seite 15 & 16 Fokus Kosovo
19.12.2010

Nachsicht um jeden Preis

Ob im Kosovo oder in Afghanistan: Um des Friedens willen verrät der Westen seine Prinzipien

VON URSULA ZENGER

Als Europarats-Ermittler Dick Marty vor drei Tagen in Paris schwere Vorwürfe gegen den Kosovo-Regierungschef Hashim Thaci erhob, stand ein enger Kampfgefährte Thacis aus UCK-Zeiten im Pulk der Journalisten. Er gab sich als demokratischer Musterschüler. Dass die Kosovo-Befreiungsarmee UCK 1999 mit Wissen ihrer obersten Führung Organe ermordeter Gefangener verkauft habe, wies Xhavit Haliti zurück. «Aber», fügte er für die Thaci-Regierung hinzu, «wir sehen Kosovos Zukunft nur in Europa.»

Die jungen ehemaligen UCK-Kommandanten, die jetzt im Kosovo die politischen Führungsämter besetzen, haben schnell gelernt, das zu sagen, was die internationalen Geburtshelfer ihres kleinen Staates, was UNO, Nato und Europäische Union hören wollen. Sie beherrschen den Jargon von «Nationbuilding», «Transformation» und «Demokratisierung» und wissen sich bei den westlichen Schutzmächten als Partner unentbehrlich zu machen. Diese Kunst beherrscht auch der afghanische Präsident Hamid Karzai, und im Irak ist Ähnliches zu beobachten. Um es sich mit solchen Partnern nicht zu verderben, sind die Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft nach militärischen Interventionen bereit, über vieles hinwegzusehen: persönliche Raffgier, Korruption, Wahlfälschung, Inkompetenz.

Der Kosovo steht überall «erst am Anfang»

Er sei «als Bürger und Familienvater tief verletzt» vom «unbegründeten Vorwurf» des Organhandels, sagte Regierungschef Thaci. Dick Marty drohte er mit einer Klage. Gleichzeitig demonstrierte Thaci staatsmännische Verantwortung und rief seine Landsleute auf, trotz der beleidigenden Vorwürfe ruhig zu bleiben. Knapp zwei Jahre nach der Staatsgründung ist es für viele Kosovaren undenkbar, Helden des Befreiungskampfes der Kriegsverbrechen zu beschuldigen. In Paris erläuterte Thacis Genosse Haliti, dass der Kosovo «in der Rechtsstaatlichkeit verwurzelt» sein müsse. Deshalb schliesse man sich Martys Ruf nach einer internationalen Untersuchung der in seinem Bericht dargelegten Indizien an. Mehr noch, der Thaci-Vertraute forderte «die volle Kooperation der Kosovo-Behörden bei diesen Ermittlungen».

Von solcher Kooperation konnten die Fahnder des Haager Kriegsverbrechertribunals im jüngsten Staat aus der Konkursmasse Jugoslawiens bisher nur träumen. Die Ermittlungen gegen Teile der UCK seien die frustrierendsten ihrer acht Jahre als Chefanklägerin des Jugoslawientribunals gewesen, schrieb die Schweizerin Carla Del Ponte 2008 in ihren Memoiren.

Auch die Eulex-Beamten, die im Auftrag der EU den Polizisten, Staatsanwälten und Richtern des Kosovo das ABC der Rechtsstaatlichkeit und Verbrechensbekämpfung beizubringen versuchen, klagen über den fehlenden Eifer der kosovarischen Kollegen. Ob im Kampf gegen Drogenund

Menschenhandel oder Geldwäsche, der Kosovo steht überall «erst am Anfang». Das steht im Kosovo-Fortschrittsbericht 2010 der Europäischen Kommission. Und das Problem ist nicht, dass es im Kosovo an Anschauungsmaterial zur Verbrechensbekämpfung fehlen würde.

Der Balkanstaat mit seinen rund zwei Millionen Einwohnern gilt als Hort der Korruption, als Umschlagplatz des Heroinhandels aus dem Nahen Osten nach Westeuropa und als Tummelfeld von mafiosen Clans, die mit dem Schmuggeln von Menschen, gestohlenen Autos, Schusswaffen und Zigaretten Geld machen. Der deutsche Bundesnachrichtendienst und andere westliche Geheimdienste sind seit Jahren überzeugt, dass Premierminister Thaci, Xhavit Haliti und viele andere Führer der Rebellenarmee UCK, die in Ministerien und andere Ämter aufgestiegen sind, noch enge Verbindungen zu den Mafiaklans haben. In Pristina gilt dies als offenes Geheimnis, selbst in Kreisen der UNO-Verwaltung (Unmik). Dagegen getan hat die Unmik kaum etwas, gute Beziehungen zu den kosovarischen Führern sind ihr wichtiger.

Die Schweizer Marty und Carla Del Ponte kritisieren scharf, dass es der internationalen Gemeinschaft am Willen fehle, die Ex-UCK-Führer für Kriegsverbrechen, kriminelle Machenschaften und die systematische Einschüchterung von Zeugen, Ermittlern und Richtern zur Rechenschaft zu ziehen. Der Balkanexperte Jens Reuter sagte letzte Woche auf Radio DRS, die internationale Gemeinschaft habe im Kosovo «mafiose Strukturen geschützt».

Die UNO-Behörde wollte in erster Linie ethnische Zusammenstöße verhindern. Als 1998/99 Verhandlungen scheiterten und die Sicherheitskräfte des serbischen Milosevic-Regimes die kosovarische Bevölkerung zu Hunderttausenden vertrieb, griff die Nato ein. Sie unterstützte die UCK-Rebellen, indem sie Serbien

29/58 bombardierte. Milosevic zog schliesslich seine Truppen ab. Die UNO liess keine formelle Sezession der Albanerprovinz zu, sondern machte den Kosovo zu einem UNO-Protectorat. Die Unmik aber fürchtete die Ungeduld der siegestrunkenen Albaner. Nato-Truppen schützten die serbische Minderheit vor Racheakten. Der smarte Hashim Thaci, der schon früh den Kampfanzug mit Zivilkleidung vertauscht hatte und als politischer Kopf der UCK auftrat, erscheint den Unmik-Chefs bis heute als unverzichtbarer Garant der Stabilität.

An die Schnellreparatur, den «quick fix», glaubt kaum jemand

«Man kooperiert mit den Leuten, die das Sagen haben. Wie ein Lehrer, der sich mit dem Frechsten in der Klasse gut stellt, um nicht die ganze Klasse gegen sich aufzubringen,» sagt Norbert Mappes-Niediek, Autor eines Buches über die Balkanmafia.

In Afghanistan ist es Hamid Karzai mit seinen eleganten Umhängen, der sich die Rolle des Lieblingsschülers gesichert hat. Seit dem Sturz der Taliban 2001 arbeitet er trotz Korruptionsvorwürfen mit den USA zusammen. Seine Wiederwahl als Präsident im Sommer 2009 war von massiven Wahlfälschungen geprägt. Im letzten Juli stellte

eine internationale Afghanistan-Konferenz fest, die afghanische Regierung fühle sich «vollständig zur Durchführung transparenter und glaubwürdiger» Wahlen verpflichtet. Wie Citha Maass von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin detailliert belegt, wurden aber die konkreten Empfehlungen der internationalen Beobachter nicht umgesetzt, sondern Karzai entmachtete die Kontrollorgane noch weiter. Maass kam zum Schluss, dass die internationale Gemeinschaft «das Ziel glaubwürdiger Wahlen in Afghanistan aufgegeben hat und Präsident Karzai freie Hand lässt».

Die Expertin Minna Jarvenpaa, die bei den Friedensmissionen in Sarajevo und Kabul tätig war, stellt fest, dass der Versuch, militärisch zu intervenieren und dann mit viel Geld und Beratern demokratischere, friedlichere Staatswesen aufzubauen, auch im Irak und in den afrikanischen Staaten Kongo, Liberia und Sierra Leone höchst zweifelhafte Ergebnisse hervorbrachte. Von Experten und Praktikern der Friedensförderung wird zunehmend diskutiert, ob die Vorstellung, man könne einen scheiternden oder gescheiterten Staat durch eine Intervention von aussen retten, noch realistisch sei. An den «quick fix», die Schnellreparatur, glaubt kaum jemand. Und doch werden immer wieder Wahlen als Zeichen der Demokratisierung viel zu früh angesetzt, wie gerade erst in Haiti.

«Do no harm» – Richte keinen Schaden an – dieser Grundsatz der Entwicklungsarbeit muss sich bei Friedensmissionen erst noch durchsetzen. Die Staatengemeinschaft sollte nicht der Verlockung des geringsten Widerstands erliegen. So könnten statt frecher Phrasendrescher leisere Schüler zum Zug kommen. Auch im Kosovo, wo die Schutzmächte immerhin das Druckmittel EU-Beitritt einsetzen könnten. Denn in die EU wollen auch die frechen Schüler.

Eine turbulente Woche für die junge Republik Kosovo

Umstrittene Wahlen, ungeheure Vorwürfe: Der Kosovo steht im Zentrum der Weltöffentlichkeit

Heute vor einer Woche gewann Regierungschef Hashim Thaci mit seiner Partei PDK die Parlamentswahlen. Doch wegen Unregelmässigkeiten muss der Urnengang in fünf Gemeinden wiederholt werden, und Thaci ist noch auf der Suche nach Koalitionspartnern. Der negativen Schlagzeilen nicht genug: Am Donnerstag erhob der FDP-Ständerat und Europarats-Abgeordnete Dick Marty einen ungeheuren Vorwurf – Thaci soll am illegalen Handel mit Organen von Gefangenen beteiligt gewesen sein. Marty hat darüber einen Europaratsbericht verfasst. Bereits 2008 hatte Carla Del Ponte, Ex-Chefanklägerin eines UNO-Tribunals, Thaci mit illegalem Organhandel in Verbindung gebracht. Thaci weist die Vorwürfe zurück und will gegen Marty klagen. Dessen Bericht zeigt erste Folgen: Die Schweizer Aussenministerin Micheline CalmyRey verzichtet darauf, den Prix Diaspora entgegenzunehmen, mit dem sie für ihre Verdienste um die Unabhängigkeit des Kosovos ausgezeichnet wurde. Die Schweiz war eines der ersten Länder, welche die ehemals serbische Provinz 2008 als Staat anerkannten.